

ALB BOTE

SÜDWEST PRESSE

Tageszeitung für Münsingen und Umgebung mit Amtlichen Bekanntmachungen

Mittwoch, 14. Mai 2025 · 3,00 €

Stadt & Region



Mit Drohnenflügen Rehkitze retten

Münsingen. Von Anfang Mai bis Ende Juni werden die meisten Kitze geboren. Ehrenamtliche Tierschützer sorgen dafür, dass diese nicht bei der Mahd getötet werden.

Lokales Seite 15

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Gomadingen. Der Verein Regional Nachhaltig und das Mehrgenerationenprojekt am Sternberg organisieren das erste Mitmach-Festival am 16. und 17. Mai im Haus Lautertal.

Lokales Seite 16

Von der Dorfkirche in den Knast

Kohlstetten. Nach zehn Jahren verlässt Pfarrer Martin Breitling die Albgemeinde und wird zum Gefängnispfarrer. Mit ihm geht auch das Pfarramt mit 500 Jahren Tradition.

Lokales Seite 17





Jetzt ausprobieren – Ihre Zeitung als E-Paper



Kostenlos für Abonnenten! Einfach QR-Code scannen oder unter swp.de/mehr anmelden.

Das Wetter

im Südwesten



23/4
Heute



20/2
Morgen



18/4
Übermorgen

So erreichen Sie uns:
Hotline für Zustellung und Aboservice: 07381 187-40 muv.vertrieb@swp.de
Privater Kleinanzeigenservice 07381 187-0
Redaktion 07381 187-30 alb-bote.redaktion@swp.de
Anzeigen 07381 187-20 alb-bote.anzeigen@swp.de

72525 Münsingen, Gutenbergstr. 1
Nummer 110 · 187. Jahrgang · E 1065



Auf der Suche nach Deals



Die USA und Saudi-Arabien haben während des Besuchs von Präsident Donald Trump in Riad Rüstungsgeschäfte im Wert von 142 Milliarden Dollar ver-

einbart. Das teilte das Weiße Haus nach einem Treffen Trumps mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman mit. Bei dem Besuch geht es vor allem

ums Geschäftliche: So will Trumps Konzern ein Hotel bauen, Riad verfolgt Pläne für Milliarden-Investments in den USA.

Foto: Alex Brandon/AP/dpa

Klare Mehrheit im Südwesten will eine Dienstpflicht für alle

BaWü-Check Die neue Umfrage zeigt: Mehr als die Hälfte der Bürger ist für ein Pflichtjahr für junge Menschen. Nur wenige sehen Verteidigung als Männersache. *Von Roland Müller*

In der Debatte um die Zukunft der Bundeswehr in Deutschland sind die Menschen in Baden-Württemberg offenbar weiter als die Politik: Ginge es nach ihnen, würde ein allgemeines verpflichtendes Dienstjahr eingeführt werden, das junge Menschen entweder bei der Bundeswehr oder in einem sozialen Dienst ableisten könnten. Das zeigt der neueste „BaWü-Check“, die repräsentative Umfrage des Allensbach-Instituts



im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage: Demnach befürworten 54 Prozent der Bürger ein verpflichtendes Dienstjahr für alle, nur 22 Prozent sind für die Einführung der Wehrpflicht. Selbst bei jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren sprechen sich 48 Prozent für die Dienstpflicht aus. Dabei steht ein gleichberechtigter Dienst für Männer wie Frauen im Vordergrund. Selbst im Falle einer Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre

eine überwältigende Mehrheit dafür, beide Geschlechter gleich zu behandeln: 60 Prozent finden, eine „neue“ Wehrpflicht sollte auch für Frauen gelten, nur 22 Prozent halten den Wehrdienst für reine Männersache. Dass das Thema Krieg und internationale Krisen nachhaltig im Bewusstsein der Menschen angekommen ist, beweist der „BaWü-Check“ ebenfalls: In der Liste der Sorgen steht das Thema neben wirtschaftlichen Besorgnissen weit oben – der Aufstieg der AfD, die Flüchtlingssituation und der Klimawandel

finden sich etliche Plätze dahinter. 39 Prozent der Bürger im Land halten es sogar für wahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt ist. Dabei ist der Eindruck aber falsch, dass das Land in fatalistischer Untergangsstimmung verharrt: Insgesamt sehen 35 Prozent der Baden-Württemberger hoffnungsvoll in die Zukunft, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahresbeginn. So groß war die Zuversicht zuletzt im Sommer 2023.

Südwestumschau

Reichsbürger-Verein verboten

Extremismus Razzien bei „Königreich Deutschland“ auch in Baden-Württemberg.

Berlin. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die aktuell größte bekannte Gruppierung sogenannter Reichsbürger verboten. Vier mutmaßliche Köpfe des Vereins „Königreich Deutschland“ (KRD) wurden festgenommen, zwei sitzen in U-Haft. Polizisten durchsuchten am Dienstag Gebäude sowie Wohnungen führender Mitglieder – unter anderem in Baden-

Württemberg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. In Baden-Württemberg wurde laut Innenministerium ein Wohngebäude einer Führungsperson des Vereins im Regierungsbezirk Stuttgart durchsucht. „Das zeigt, wir sind eine wehrhafte Demokratie“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in Stuttgart. Nach Informationen unserer Zeitung wurde der Ge-

suchte Sebastian M. in dem Ob-jekt in Mainhardt (Kreis Schwä-bisch Hall) aber nicht angetroffen, das Bundesinnenministerium bestätigte, dass die Durchsu-chung abgebrochen wurde. Der Verfassungsschutz be-zeichnete das KRD 2023 mit ei-ner dreistelligen Zahl an Unter-stützern als die zwischenzeitlich bedeutendste Gruppierung des „Selbstverwalter“-Milieus im

Land. Der Verein verfolgt laut In-nenministerium „langfristig die Ersetzung der rechtsstaatlichen Ordnung durch eine eigene, fik-tive Struktur“. Die Anhängerschaft organisier sich in Regionalgrup-pen, unter anderem im Raum Stuttgart, Heilbronn/Schwäbisch-Hall, Ulm, Freiburg/Südbaden und Bodensee. *dpa/thumi*

Kommentar Politik Seite 4

Drehbuchreife Bildungsromantik

Die Geschichte klingt wie aus einem schrägen ARD-Film: Ein Mann verliebt sich in eine Le-hrerin, gibt sich als Kollege aus – und steht prompt selbst im Stundenplan für Deutsch und Sport. Schauplatz: Österreich. Christian Mayrhofer hatte einst tatsächlich versucht, Le-hrer (Bild) zu werden. Kurz vor dem Abschluss schmiss er das Studium wegen eines „Missver-ständnisses bei der Anrech-nung“ von Leistungen frustriert hin, wie er der „Kronen Zei-tung“ erklärte. Später klappte es dank gefälschtem Diplom doch

noch. 15 Jahre lang unterrichtete er an mehreren Mittelschulen. Mit Erfolg! Die Schüler wa-ren motiviert, Sportwettkämp-fe wurden gewonnen, Eltern und Schulleitungen wa-ren zufrieden. Die Enttarnung? Ebenfalls filmreif. Mayrhofer vergisst sei-ne Brieftasche auf dem Autodach, ein ehrlicher Fin-der bringt sie zur Polizei. Dort wird man stutzig – wegen eines falschen Polizeiausweises. Mit dem Ausweis fliegt auch der Di-plom-Schwindel auf. Das Ergeb-

nis: Drei Monate auf Bewäh-rung. Und nun? Mayrhofer jedenfalls möchte zurück an seine Schule. In Zei-ten von akutem Lehrermangel werden Quereinstei-ger ja händeringend ge-sucht. Vielleicht war der 48-Jährige der Zeit nur ein wenig voraus. Sollte er das Diplom nun doch noch nachholen, wäre er sogar der wahr gewordene Traum eines jeden Personalers: ein frischgebackener Absolvent mit vielen Jahren Berufserfah-rung. *Pia Holzschuh*

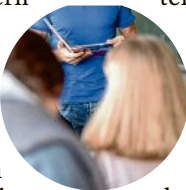


FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Kommentar
Guido Bohsem
zum Verbot der Reichsbürgergruppe



Im Reich der Steuersünder

Bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern handelt es sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes um heterogene Gruppen. Sie legitimieren den „Widerstand“ gegen die Bundesrepublik völlig unterschiedlich. Egal, ob sie sich auf einen fehlenden Friedensvertrag, einen Halbsatz aus einem Urteil aus den 70er Jahren oder eine nicht rechtsverbindliche UN-Resolution berufen: Allen gemeinsam ist die Weigerung, Steuern und Abgaben zu zahlen. Die lautstar-ken Forderungen nach Unab-hängigkeit und Gerechtigkeit sind letztlich nur ein Mittel zum Zweck, und der Zweck lautet: mehr Geld für mich.

Das kann man gut verstehen. Keiner zahlt gerne Steuern. Die wenigsten kommen aber auf die Idee, deshalb ein eigenes Reich auszurufen, wie beim verbotenen „Königreich Deutschland“ geschehen. Der Staat sollte sich nicht beirren lassen und gelten-des Recht konsequent durchset-zen. Wenn sich die ein oder an-dere Gruppe radikalisiert, be-waffnet oder gar Terrorakte plant, sollte auch zum Mittel des Verbots gegriffen werden. Doch die Schwelle ist hoch. Mit seinem Durchgreifen gegen das „Königreich“ sendet der neue Innenminister Alexander Do-brindt denn auch das innenpoli-tische Signal, dass er auf dem rechten Auge nicht blind ist.

Offensive angekündigt

Gaza Netanjahu will den Krieg gegen die Hamas „bis zum Ende“ führen.

Jerusalem. Der israelische Minis-terpräsident Benjamin Netanjahu hat für die kommenden Tage eine neue Offensive zur Zerschlagung der islamistischen Hamas im Ga-zastreifen angekündigt. „Die Zer-störung der Hamas und die Be-freiung aller unserer Geiseln – das gehört zusammen“, wird Netan-jahu von seinem Büro zitiert. Man werde „mit voller Kraft hineinge-hen, um die Kampagne zu vollen-den“, sagte Netanjahu weiter. Es werde keine Situation geben, in der Israel den Krieg beende. „Wir gehen bis zum Ende“, sagte der Regierungschef. *dpa*

Themen des Tages Seite 2

Ukraine-Krieg Miersch gegen Taurus-Lieferung

Berlin. Der neue SPD-Fraktions-chef Matthias Miersch hat eine Lieferung von Taurus-Marsch-flugkörpern an die Ukraine er-neut ausgeschlossen. „Wir wol-len nicht Kriegspartei werden und so haben wir auch immer die Ablehnung der Taurus-Lie-ferung begriffen und dabei bleibt es“, sagte Miersch in Ber-lin. Die Ukraine verlangt schon seit langem von Berlin die Lie-ferung der extrem zielgenauen und reichweitenstarken Taurus-Marschflugkörper. *dpa*

Mali Parteien abgeschafft

Bamako. Vier Jahre nach dem Militärputsch in Mali hat die herrschende Junta das Parteien-gesetz des Landes aus dem Jah-re 2005 abgeschafft. In der ver-gangenen Woche hatte die Jun-ta bereits sämtliche Aktivitäten politischer Parteien und Verei-ne vorläufig untersagt und dies mit „Sicherheitsgründen“ er-klärt. Im Mai 2021 wurde die zi-vile Regierung in Mali abge-setzt, seither regiert das Militär. Für 2024 angekündigte Wahlen fanden nicht statt. *ajp*